

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 18 – Bericht über die Unterrichtssituation weiterentwickeln

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 064.18 / 22.02.2018

Mit den vorhandenen Daten können wir schon ganz gut arbeiten

Wir wollen eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung, am besten sogar mehr, damit Abwesenheiten von Lehrkräften, ob durch Krankheit, Klassenfahrten oder anderes, aufgefangen werden können. Da sind wir uns in diesem Haus alle einig.

Der Bericht über die Unterrichtssituation gibt uns einen guten Überblick, wie weit wir auf diesem Weg schon gekommen sind. Er hat eine lange Tradition. Er wird regelmäßig seit 1977 vom Bildungsministerium erstellt und an den Landtag weitergeleitet. Er ist unsere Datengrundlage als Parlamentarier*innen, um zu beurteilen, wie sich die Situation an unseren Schulen entwickelt.

Dabei wurde die Information des Parlaments in der vergangenen Wahlperiode deutlich erweitert. Zum einen bekommt der Landtag noch vor dem Bericht die aktuellen Daten des vergangenen Schuljahres zugeleitet, aufgeschlüsselt nach mehr als 20 Kriterien. Zum anderen wurde auch der Bericht zur Unterrichtssituation selbst in der letzten Wahlperiode - auf Initiative der damaligen Oppositionsparteien - und nicht gerade zur Begeisterung des SPD-geführten Bildungsministeriums – erweitert, zum Beispiel zu differenzierten Daten über Deutsch-als-Zweitsprache-Angeboten und zum Unterrichtsausfall.

Wir wissen also wie viele Schüler*innen auf welche Schulen gehen. Wir wissen, wie viele Lehrkräfte dort unterrichten und wie groß die Klassen sind. Wir wissen, wie viele Lehrkräfte befristet oder unbefristet beschäftigt sind und wir wissen, wie oft bei Abwesenheit einer Lehrkraft, zum Beispiel durch Krankheit, der Unterricht ausfällt, Vertretungsunterricht erteilt wird oder die Schüler*innen eigenverantwortlich lernen. Und wir wissen, wie wir mit diesen Daten im Bundesvergleich stehen. Damit können wir schon

ganz gut arbeiten.

Das Bildungsministerium hat im Bericht angekündigt, ihn in der Zukunft noch differenzierter und ausführlicher zu gestalten. So sollen unter anderem die Form der Erhebung der Daten und die Darstellung der Ergebnisse zum Unterrichtsausfall überarbeitet werden.

Aber das reicht SPD und SSW nicht. Die SPD meint, eine Informationslücke gefunden zu haben, die unbedingt geschlossen werden muss. Sie will wissen, wer mit welcher Qualifikation an den Schulen arbeitet. Das ist kein falscher Ansatz. Denn wenn die 100-prozentige Unterrichtsversorgung nur mit vielen Lehrenden ohne zweite Staatsprüfung oder teilweise ohne eine Lehrerausbildung gesichert werden kann, muss diese Lücke geschlossen werden, um die Qualität von Schule zu verbessern.

Das passiert zum Beispiel mit Quer-, Seiten- und Direkteinsteiger*innen. Sie haben studiert, aber nicht auf Lehramt und werden jetzt zu Lehrkräften ausgebildet. Ein gutes Modell, wie ich finde. Die Schulen bekommen für die Mentor*innen auch extra Stunden zugewiesen. Und, liebe SPD, die Zahl der Lehrenden ohne zweite Staatsprüfung eignet sich nicht für eine Skandalisierung. Drei Prozent der Unterrichtsstunden werden an allgemeinbildenden Schulen von Personen ohne zweite Staatsprüfung erteilt. 97 Prozent von ausgebildeten Lehrkräften und Lehrkräften in der Ausbildung, also von Profis.

Die Anzahl der Quer- und Seiteneinsteiger*innen und der Referendar*innen ist bekannt. Alle anderen Punkte der SPD müssten extra erfasst und ausgewertet werden. Vor diesem Hintergrund muss sich die SPD die Frage gefallen lassen, ob der Erkenntnisgewinn den Mehraufwand an den Schulen rechtfertigt.

Das Problem ist also schon erkannt. Deshalb plant das Bildungsministerium die elektronische Erhebung der zukünftigen Lehrer*innenbedarfe nach Fächern und Schularten. Ein wichtiges Instrument, um zu wissen, wann wir welche Lehrkräfte mit welchen Fächerkombinationen brauchen. Auf dieser Basis können dann ausreichend Studien- und Referendariatsplätze zur Verfügung gestellt werden. Das Ministerium arbeitet also schon.

Auch uns Koalitionsfraktionen ist es wichtig, die Qualifikation der Personen zu kennen, die an Schulen arbeiten. Deshalb haben wir das in unseren Antrag aufgenommen. Allerdings springt der SPD-Antrag zu kurz. Wir wollen nicht nur eine Erfassung wer mit welcher Qualifikation an unseren Schulen arbeitet. Wir wollen einen Einstieg in ein Bildungsmonitoring. Es reicht uns nicht, nur die Daten zu haben. Wir wollen Entwicklungen nicht nur beschreiben, sondern auch Erklärungsansätze finden, warum zum Beispiel viele Schüler*innen ohne Abschluss die Schule verlassen und wir wollen Hinweise, wie die festgestellten Probleme gelöst werden können.

Dieser Weg entspricht übrigens genau der von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring. Wir brauchen also nicht nur Zahlen, sondern müssen mit ihnen klug unsere Bildungsangebote gestalten. Dafür schaffen wir mit unserem Alternativantrag eine gute Grundlage.
